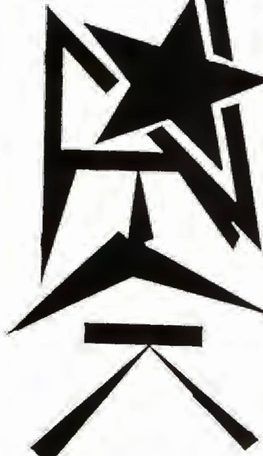
IT'S A MIRACLE!

kostenloses wunder aus der roten flora 65/12/97



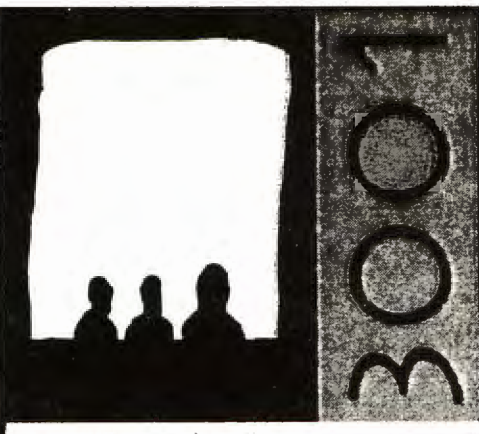
Schwarzer Hahn Lensian

Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung
- Übernachtung 15,--/ 18,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen, großer Innenhof
-

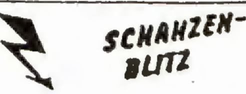
Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 05843/241
Fax: 05843/1413
e-mail: schwarzer-hahn@t-online.de

Für alle FreundInnen der Roten Flora
gibt es Sonderpreise für 1997



Das Kino im Schanzenviertel
Vorstellungen um
16.00 + 18.00 + 20.30 + 22.30 Uhr
Schanzenstraße 75, im Hof
Telefon 040/43 76 79
U/S-Bahn Sternschanze

KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-
Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00





Frühstücken SONNTAGS
UNTER EINEM VON 11-18 UHR
ANDEREN STERN **Rundstücken**
NACH
Spätstücken LANGER NACHT

im **FRITZ BAUCH**





wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
• Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
• Umstruckturierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
• Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes..

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

... und Praxis

Immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen



Öffnungszeiten:
Mo., Mi. und Fr. 14-19.30 Uhr
FrauenLesbentag Do 16-19 Uhr
Sa 12-15 Uhr

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

Inhalt

4 Paul + Paula
Verdeckter Ermittler in Hamburg
5 Kinogruppe in der Flora
Siebdruck in der Flora
KOMM in Nürnberg
6 Blauer Montag seine Thesen
8 Demontage zu Flora, Drogen + Rassismus
10 Bibo und die Elchtester zur virtuellen IZI-Aktiom
13 Rechtshilfetips zum Schnellverfahren
15 radi-Verfahren

editorial

Auf die Leere des letzten Monats folgt die schwere Weihnachtskost in dieser Ausgabe. Rechtzeitig zum Fest der Liebe veröffentlichen wir Texte, die an langen Winterabenden diskutiert werden wollen.
Zum letzten Lay-Out zu spät erreicht hat uns der Text "Jenseits von Eden" der gruppe demontage. Da dieser Beitrag sich auf ein Thesenpapier der Gruppe Blauer Montag bezieht und ohne dieses auch nicht richtig verständlich ist, haben wir dieses Papier mit in diese Ausgabe reingenommen. Veröffentlicht wurden diese Beiträge jedoch bereits in den Lokalberichten Hamburg in den Ausgaben 22+23/97.
Nicht mehr fertig geworden zur Veröffentlichung in diesem Monat ist der Text der Flora zum Umgang mit Drogen in der Flora, zum Umgang der Flora mit Drogen, zur Legalisierungsforderung und zum Sprachgebrauch in der Drogendiskussion. Das ist sehr schade, denn die drei Texte hätten zusammen so etwas dargestellt, was wir uns als Redaktion wünschen: Einen Themenschwerpunkt ! So kommen die Beiträge in 2 Blöcken gestückelt auf eure Kneipen-/ WG-/ Frühstückstische.
Ein Wort in eigener Sache eins: Progressive Kräfte in der Redaktion befürworten eine Änderung für`s nächste Jahr: Und zwar wäre es doch toll, die Zeitung nicht Ausgabe für Ausgabe mit Seite 1 zu beginnen, sondern stattdessen die Seitenzahlen durchlaufen zu lassen. Das ist zum einen modern und zum anderen ist das zitieren auch viel leichter: Anstatt diesem mühseligen Grübeln "da war`n Text im Sommer, aber ich weiß nicht genau - war`s August oder Mai..." könntet ihr einfach Zeck, Jahrgang 98, Seite soundso und schwupps - der Text ist gefunden und eure Diskussion dufte angekurbelt. Da aber die PunkrockerInnen hier in der ganz über-wiegenden Mehrzahl sind, braucht diese kluge Idee eure Unterstützung. Schreibt, daß ihr diesen Vorschlag unterstützt und daß ihr das so haben wollt (Vielleicht gibt`s dann 99 durchlaufende Randnummern und ein Stichwortverzeichniss (einsame Spitze!)). Außerdem könntet ihr dann am Jahresende die gesammelten Ausgaben binden lassen. Das ist kompakt und sieht gut aus (könnte dann auch verschenkt werden).
Noch ein Wort in eigener Sache zwei: Nicht schreiben solltet ihr an die Kontaktadresse der Gruppe "Herbstlaub", die diese unter wenigstens eins ihrer Flugblätter gesetzt hat: Nämlich unsere eigene Zeitungsadresse. Da wir Zuschriften nicht weiterleiten werden (wohin auch?), ist die Liebesmüh über uns mit der Gruppe "Herbstlaub" in Kontakt zu treten, vergebens (An dieser Stelle noch ein paar persönliche Worte an die Gruppe "Herbstlaub": Gebt eine andere Adresse an und teilt uns mal mit, wie ihr drauf gekommen seid, uns ungefragt als Kontakt zu bnenutzen - die Adresse habt ihr ja !).
Noch ein Wort in eigener Sache drei: Im Januar gibt`s keine Zeck. Jedenfalls nicht zum Anfang des Monats. Spekulationen, daß das was mit Weihnachten oder so zu tun hätte, weisen wir energisch zurück. Also bis Februar!

Lern und Erfolgskontrolle zum editorial:

1.) In welcher Zeitung wurde das Thesenpapier der Gruppe Blauer Montag und der Beitrag der gruppe demontage in dieser Ausgabe bereits veröffentlicht?
2.) Welcher Text hat uns für diese Ausgabe nicht mehr erreicht ?
3.) Aus welchem wichtigen Grund, sollt ihr uns unbedingt schreiben ?
4.) Aus welchem Grund solltet ihr nicht an unsere Adresse schreiben ?

ständige Termine in der roten flora:

montag 17-21 uhr cafe; 18 uhr veranstaltungsgruppe; 18-20 uhr motorradselbsthilfe: 19 uhr 30 vegane vokü
dienstag 16-22 uhr dubcafe
mittwoch 16 uhr 30 bis ? cafe mit kuchen in der vokü; 17-19 uhr fahhradselbsthilfe; ab 19 uhr 30 vokü
donnerstag 16-19 uhr archiv der sozialen bewegungen im mer noch im exil (ludwigstra. 13, 1.stock)
17 uhr cafe in der vokü; 19 uhr 30 vokü
samstag 11-15 uhr frühstck; 16-19 uhr fahrradselbsthilfe

Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren.
Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versöhnlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: Peter Meyer, Bernadottestr.38 22765 Hamburg

Verdeckter Ermittler in Hamburg

Dieser Mann nennt sich „Stefan". Dieser Mann ist Polizist.
„Stefan" begann vor etwa zwei Jahren in der Glasmoorgruppe mitzuarbeiten. Er arbeitete, soweit wir wissen, danach auch in weiteren Zusammenhängen mit: in der Prozeßgruppe zum Prozeß gegen Safwan Eid sowie in einer Schicht im Cafe Exil. Er beteiligte sich an den Diskussionen um die IZI Besetzung der Flora und an der Plakatgruppe.
Er sagte, daß er davon lebt, in einem Malergeschäft von Verwandten Material auszufahren. Diese Arbeit sei unregelmäßig.
Er gab eine Telefonnummer an, unter der er erreichbar war: 202600: Diese Telefonnummer gehört zu einem Anschluß in der Maxstraße 16, Hamburg, auf den Namen S. Oberth. „Stefan" selbst gab seinen Nachnamen bei einer Gelegenheit mit Matthies an. Wir wissen nicht, wie „Stefan" heißt.
Ende Oktober hinterließ „Stefan" eine Nachricht. Er habe einen Vorstellungstermin bei einer Firma bei Basel. Seitdem hat ihn in Hamburg niemand mehr gesehen.
Zu dieser Zeit besuchte ein Mensch aus unserer Gruppe ein Fest an einem Ort ausserhalb Hamburgs. Auf diesem Fest traf er zufällig „Stefan". „Stefan" verhielt sich so auffällig, daß Umstehende aufmerksam wurden und unser Gruppenmitglied fragten: Woher kennst denn ausgerechnet Du den, der ist doch Polizist. Es stellte sich heraus: in dieser Umgebung und an diesem Ort ist „Stefan" nur in seinem Beruf als Polizist bekannt. Er führt dort seit langem ein Leben, daß mit seinem Auftreten in Hamburg nichts gemeinsam hat.
Die Möglichkeit einer Verwechslung oder eines Mißverständnisses wurde geprüft und wird von uns ausgeschlossen.
„Stefan" arbeitete also als verdeckter Ermittler in Hamburg. Damit er diese Arbeit weder hier noch anderswo fortsetzen kann, gibt es dieses Flugblatt.
Wir halten auch hier den Hinweis für richtig: Spekulationen über an dieser Sache beteiligte Personen oder weitere Details



gefährden die beteiligten GenossInnen.
Für die Veröffentlichung übernehmen wir als Gruppe die Verantwortung.

23.11.1997 Gruppe Blauer Montag

Die unendliche Geschichte von Paul und Paula

Mit gewisser Spannung haben wir „Die Legende von Paul und Paula" erwartet. Jetzt ist sie endlich erschienen, als Sondernummer der „interim" Nr. 436.
Mit bis zur Akribie reichender Genauigkeit haben die AutorInnen aus dem Berliner Infoladen Daneben sich das Papier der FrauenLesben aus dem Schwarzmarkt, mit dem diese den Nichtverkauf der Arranca! begründete, vorgenommen.
Seinen Anspruch, einen Beitrag zur Sexismusdebatte zu liefern, hat der Text schon vor seiner Veröffentlichung erfüllt (siehe interim Nr. 434, 435 und 437). Leider wurde er - zumindest in Hamburg - auch zu einem neuerlichen Beitrag der Zensurdebatte, nachdem ausgerechnet der Schwarzmarkt sich drei Wochen lang weigerte, die „interim", die den Text enthält zu verkaufen.
Als Begründung wurder der geneigten Leserin bzw. dem geneigten Leser „erklärt", mensch wolle erst einmal selbst über den Text diskutieren und später entscheiden, ob die Zeitung nachträglich noch verkauft wird. (Die inzwischen nachgereichte Erklärung ist hier ebenfalls abgedruckt).
Wir sehen in dem Nichtverkaufen dieses Diskussionsbeitrags nichts weiter als einen reflexhaften Versuch einer Bevormundung durch den Schwarzmarkt dar. Dabei stellt sich die Frage, was eigentlich die Funktion eines Infoladens sein soll, der Diskussionsbeiträge zu kontroversen Debatten der Szene vorenthält, diese also offensichtlich für unmündig hält, sich ihre eigenen Gedanken zu machen.



Klassischer Windsor-Knoten

Ein paar Worte zur Interim Nr.436

Als uns diese Nummer der Interim im Laden erreichte, haben wir sie erstmal nicht zum Verkauf auf den Tresen gelegt, da wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Möglichkeit hatten, gemeinsam zu klären ob wir uns dazu verhalten wollen und wenn ja, wie.
Wir haben uns jetzt dazu entschieden, sie kommentiert zu verkaufen *[d.h., dieser Text liegt jeder Ausgabe im Laden bei, die zeck]* da der Text der Unglücklichen direkt auf unser Flugblatt zum Nichtverkauf der Arranca Nr.8 (siehe Archivordner im Schwarzmarkt) Bezug nimmt.
Wir sind ziemlich genervt von dem Text (ebenso von dem Vorwort jenes einzelnen Lesers, der es nicht erwarten konnte und deshalb die Veröffentlichung im Alleingang startete), aber denken nicht, daß es unsere Aufgabe ist, jetzt sofort dazu Stellung zu beziehen.
Denn auch wenn die Unglücklichen unser Flugblatt auseinandernehmen und uns jedes Wort im Mund umdrehen, so soll es eigentlich nur ein Aufhänger für eine allgemeine Ausandersetzung über autonome Politikformen sein.
Bedenklich finden wir an der Abhandlung, daß den LeserInnen oft das Gefühl vermittelt wird, (autonome) feministische Politik sei ein einziges Übel.
Das finden wir nicht. Jedoch läßt sich auch Wahres und Diskutierwürdiges in diesem langen Papier finden. Einer der Ansätze - alles, und sei es auch noch so reaktionär, unüberdacht und unreflektiert, muß diskutiert werden, überall und mit jeder/m, auch auf Kosten derjenigen, die unter solchen Diskussionen leiden, - ist nicht unser.
Jedoch scheint dies weitverbreitet zu sein. Deshalb verkaufen wir diese Nummer der Interim, damit alle Interessierten sich fragen können, ob diese Ansichten, bzw. was daran wen nach vorne bringen könnten.
Wir lassen es uns offen, ob wir uns zu diesem Text in ausführlicher Form äußern oder nicht.
So, mehr Worte wollen wir an dieser Stelle auch gar nicht dazu verlieren.

Die Frauen aus dem Schwarzmarkt (27.11.1997)

Flimmern und Plauschen - Videocafe in der Flora

Alles grade nicht so einfach mit der Flora - und trotzdem wollen wir genau da ein neues Projekt. In der Vokü läßt sich ganz hervorragend überwintern, wenn drinnen was passiert. Liegt manchmal alles etwas brach, das soll sich ändern. Dabei ist uns die Flora erstmal eine Möglichkeit, eine undefinierte linksradikale Klammer, die dann mehr als ein Raum ist, wenn dort Sachen zusammenlaufen. Das Kino machen wir jetzt aber vor allen Dingen zum Spaß und mit flexiblem Anspruch und suchen an anderen Punkten weiter nach politischer Handlungsfähigkeit mit der Flora...
Soviel vorneweg, bloß um deutlich zu machen, daß wir nicht in neuen Projektchen die Lösung sehen, nach dieser aber weiter gucken.

In diesem Winter haben wir Lust, der geneigten Öffentlichkeit einige Lieblings-, einige Themen- und einige noch unbestimmte Filme vorzustellen.
Ziel des Projekts ist die Förderung der visuellen Überwindung winterlicher Mauligkeiten, die Zunahme anlaßbezogener Gespräche sowie die weitere Überschüttung der Welt mit unnötigen Geräuschen.
Zeitfaktor: jeden ersten, dritten und vierten Sonntag (denn an jedem zweiten nächtigt meistens der Club der kulturell Verunsicherten) ab 16.00 Uhr Café, um 17.00 Uhr einen Film . Oder was anderes.
Das ist entgegen anderslautender Behauptungen nicht für 2 Pfennig kompliziert, sondern stattdessen überaus einfach zu merken: zum Ende der sog. blauen Stunde oder wenn die Straßenlaternen schon eine Weile an sind oder wenn langsam klar



wird, daß das Winterwochenende seinem Ende näherrückt - und das jeden Sonntag, nur einmal eben nicht. Wir vertrauen da auf eure kombinatorischen Fähigkeiten.

Spaßfaktor: angenehme, keinesfalls zu helle Beleuchtung; bemühte Ästhetik; winterliche Heißgetränke; allerlei Backwerk; offene Ohren für aktuelle Weltschmerzaspekte sowie sorgsam gewählte und. präsentierte Filme (mit Leinwand oder ähnlicher Technik - damit die kleinen Winteräuglein sich nicht allzu weit aufsperren brauchen). Dabei gehts also zwar um den Film; vorher (ab 16.00 Uhr) und hinterher (bis ca.21.00 Uhr) ist die Vokü aber offen, um eben dieses Backwerk zu verzehren und zu quatschen.

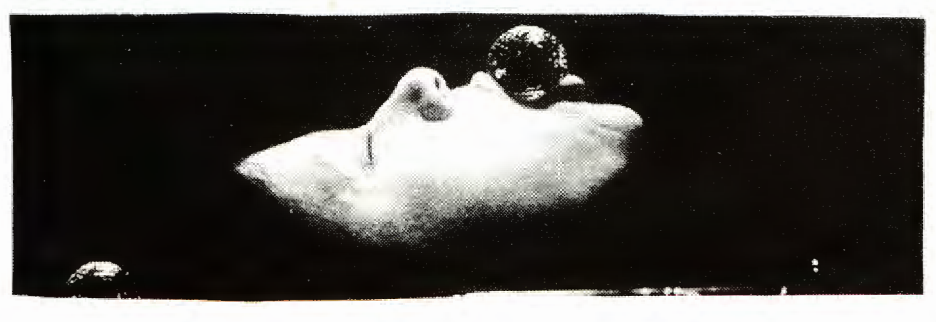
Um den Zeitfaktor noch etwas anspruchsvoller zu gestalten, sind die drei Sonntage auch noch verteilt. Am ersten zeigen wir einen Spielfilm, am dritten werden „harte" Polithäppchen serviert und am vierten gibts dann was ganz anderes.
All das läuft zeitlich begrenzt, wahrscheinlich bis einschließlich April (wenn 17.00 Uhr und die Straßenlaternen nicht mehr zusammenfallen), denn im Sommer wollen wir vielleicht wieder andere Sachen machen.
Die Auswahl der Spielfilme ist äußerst subjektiv: schön und zum Winter sollen sie passen. Für Bestechungsversuche sind wir daher möglicherweise empfänglich.

Im Dezember gehts los - am 07.12. mit „Romeo & Julia (Spielfilm USA 1997), um 16.00 Uhr
Die weitere Filmauswahl des Monats gibts im Dezember auf hübschen Programmzetteln.
Die WinterschläferInnen

Druck machen in der Flora

Hallo,
nun können wir wohl endlich sagen, daß es uns gibt: Die neue Siebdruckgruppe! Nach anfänglichem hin und her (wer macht eigentlich mit? Wie geht das alles? Was wollen wir und wie) hat sich mittlerweile eine relativ stabile Gruppe von 5-7 Leuten herausgebildet. Unser erstes bescheidenes Ziel, pünktlich und regelmäßig ein Flora-Veranstaltungsplakat zu drucken, haben wir nun erreicht, womit wir erneut an einem Punkt sind, uns zu fragen, was wir wollen und können.
Prinzipiell sind wir bereit für andere Gruppen, die Aktionen, Veranstaltungen o.ä. planen, Plakate zu drucken. Natürlich ist dies abhängig vom aktuellen Grad der Überforderung, denn wir möchten ungern Auftragsplakate drucken, sondern uns vielmehr inhaltlich mit dem Thema des Plakates auseinandersetzen. Dabei ist die Flora für uns ein Ort, an dem wir (hoffentlich) mit politischen Gruppen in Kontakt und zum Austausch kommen. Darüber hinaus wünschen wir uns, daß Leuten mit Kritik und Anregungen zu unseren Plakaten nichts im Wege steht, sie uns mitzuteilen. Soweit zur Struktur-VV-Frage: "Was wollt ihr/ erwartet ihr von der Flora?"
Wegen all diesem treffen wir uns voraussichtlich jeden Dienstag 19.30 Uhr.

druck machen



Das KOMM in Nürnberg ist gekündigt!

Die Stadt Nürnberg hat zum 31.12.97 dem KOMM e.V. den Mietvertrag gekündigt. Ab dem 1.1.98 wird es das KOMM, eines der ältesten und bekanntesten alternativen und soziokulturellen Zentren in Bayern, in seiner bisherigen Form nicht mehr geben!!
Ludwig Scholz, neuer CSU-Oberbürgermeister nach seinem Wahlsieg im März 96, war mit der Parole "Contra KOMM - Pro Künstlerhaus" in den Kommunalwahlkampf gegangen. Ein neues Konzept des Zentrums steht noch nicht fest, aber auf jeden Fall soll jegliche Struktur, die an das selbstverwaltete KOMM erinnern könnte, zerschlagen wird; die politischen sozialpolitischen und subkulturellen Gruppen des bisherigen KOMM werden in der Neukonzeption nicht berücksichtigt.
Vom 19.12. - 21.12.97 findet deshalb das KOMM-Abschlußfest „Unser Rythmus gegen das System"tatt u.a. mit: Tod und Mordschlag, Bang Jyang, Lavatory, Messer Bansani, Die Suicides, Butterweich u.a., sowie Veranstaltungen, und Discos statt. Auswärtige sind willkommen, Schlafplätze vorhanden.

Thesen zur Situation im Schanzenviertel

1. Entgegen aller Schlagworte von „Globalisierung" und „Bedeutungsverlust des Staates" und „Abbau des Sozialstaats" zieht sich der Staat keineswegs aus der „Lösung der sozialen Frage" zurück. Der „nationale Wettbewerbsstaat" (J. Hirsch) entpuppt sich vielmehr gleichzeitig als rigoroser „Sicherheitsstaat". Abbau von Sozialeinkommen und Verarmungspolitik einerseits werden begleitet von einer aggressiven Strategie von Ausgrenzung, Repression und sozialer Kontrolle andererseits. Die momentane Situation im Schanzenviertel ist weder viertel-spezifisch noch reines Wahlkampfgetöse. Sie ist in allererster Linie eine Facette der allgemeinen Verarmung und der zunehmend aggressiven Ausgrenzungs- und Vertreibungspolitik des Staates gegenüber dem sichtbaren Elend. Der Inhalt der sog. „Bettlerdrucksache" aus dem Herbst 1996 - nämlich die sozialhygienische Verknüpfung von Armut und Verelendung mit allgemeinen „Unwirtlichkeitsphänomenen" und die polizeilich-repressive „Lösung" dieses „Problems" - ist der Hintergrund auch für die zugespitzte Situation im Schanzenviertel.

2. Der von Voscherau inszenierte Vertreibungs- und Sicherheitsdiskurs ist ebenfalls sehr viel mehr als nur Wahlkampfrhetorik. Er wird in Hamburg mindestens seit 1992/93 geführt, so beispielsweise 1992 bei der Zerschlagung der offenen Drogenszene am Hansaplatz in St. Georg durch eine Sondereinheit der Polizei oder 1994 bei dem Wunsch nach „Säuberung" der Reeperbahn von „wegelagernden" Bettlern und AlkoholikerInnen seitens der Geschäftsleute der IG St. Pauli. Das Thema „Sicherheit und Vertreibung" ist dabei stark *sozial*rassistisch aufgeladen. Der Ausgrenzungs- und Stigmatisierungsmechanismus richtet sich allgemein gegen sozial unerwünschte Merkmale. Die Zuzugssperre für Wilhelmsburg, die Voscherau 1993 vorschlug, sollte erklärtermaßen nicht nur für MigrantInnen sondern für alle „sozialen Problemgruppen" gelten. Das berüchtigte „Bettlerpapier" zielte auf sozial auffälliges Verhalten generell, und auch der jetzige Law and Order-Diskurs macht sich immer wieder an *unterschiedlichen* sozialen „Problemfällen" fest (Bettler, Sprayer, Crash-Kids, DrogenkonsumentInnen, Jugendliche/ Jugendkriminalität, MigrantInnen ...) Die Reduktion auf Rassismus verkürzt das Problem.

3. Dieser Diskurs ist ideologischer Klassenkampf: Er betreibt die Neudefinition von sozialer Gerechtigkeit von oben: Wer hat ein Recht, hier zu leben? Wer hat ein Recht auf Sozialleistungen? Wer hat ein Recht, Ansprüche auf ein besseres Leben zu stellen? Wessen Bedürfnisse sind berechtigt?. Er hat gleichzeitig die Funktion, eine Gemeinschaft der Leistungswilligen in klarer Gegnerschaft zu „Leistungsunwilligen" und „Sozialschmarotzern" zu konstruieren. Wer nicht zur Gemeinschaft der fleißigen und friedlichen Steuerzahler gehört, wird tendenziell zum Feind erklärt. Die klassenübergreifende Rhetorik vom „Arbeitsplatz- und Leistungspatriotismus" ist eine Variante von Volksgemeinschaftideologie. Das Beispiel „Schanzenviertel" ist ein Experimentierfeld für die mediengestützte Konstruktion einer solchen Gemeinschaftsideologie: „Das Viertel" und die „anderen"; „Ein Viertel kippt um"; „Die Stimmung im bisher linksliberalen und multikulturellen Schanzenviertel kippt". Gerade die letztere Formulierung macht uns alle zu Kronzeugen für die Voscherau'sche Spaltungs- und Vertreibungspolitik.

4. Im Schanzenviertel kulminieren die sozialen Konflikte an der sog. „Dealerproblematik" und werden gleichzeitig auf diese reduziert. Die Linke ist auf dem besten Wege, sich an dieser Verkürzung zu beteiligen. Staat und Medien bauen „den Dealer" zum Monstrum schlechthin auf. Während im liberalen Bewußtsein der Junkie „krank" und ein armes Schwein ist, wird „der (vorzugsweise „schwarze") Dealer" zum personifizierten Bösen erklärt. Damit wird eine rassistische Projektionsfläche für alle anderen sozialen Konflikte im Viertel angeboten, die inzwischen massenhaft greift: Alle Unzufriedenheiten über fehlende soziale Infrastruktur, Lärm, Verkehr und die eigene soziale Unsicherheit werden an der rassistisch gefärbten Figur des „Dealers" festgemacht und in ihn hineinprojeziert.



5. Eine Verkürzung linker Politik und Agitation auf antirassistische Antirepressionsarbeit reproduziert die von Staat und Medien vorgegebene und in vielen Köpfen wirksame Reduzierung der sozialen Konflikte. Sie arbeitet sich allein an der Projektion ab und birgt zudem die Gefahr, die sozialen Konflikte zu hierarchisieren und damit Spaltungen voranzutreiben, statt sie zu überwinden. Alleiniges Thema wird schnell „der Rassismus" „der Bürger". Dabei wird weder zwischen staatlichem Rassismus noch zwischen einzelnen rassistischen Verhaltensweisen und Äußerungen differenziert. In der Zuspitzung auf „den Mob" oder die Frage, wer denn nun das eigentliche Opfer staatlicher Repression sei, wird die staatlicherseits produzierte Spaltung in „die" und „wir" spiegelverkehrt nachvollzogen.

6. Unser Vorschlag wäre es, in der Diskussion die gesamte soziale Dimension der Konflikte im Schanzenviertel in den Blick zu bekommen. Dazu gehört vor allem auch, den staatlichen und medialen Angriff auf Dealer und Schwarze als Angriff auf sozial abweichendes und renitentes Verhalten generell und als Element umfassender sozialer Kontrolle zu entschleiern. Die inszenierte und von den Medien kräftig angeheizte Debatte um Sicherheit, „zero tolerance" und „Modell New York" ist erklärtermaßen der Versuch, sich auf zukünftige soziale Konflikte vorzubereiten. Voscherau hat im letzten Herbst in einer persönlichen Erklärung deutlich davon gesprochen, daß die Politik des „Bettler-Papiers" keineswegs vom Tisch sei und daß „wir für zukünftige, härtere und rauhere Zeiten" eine „wehrhafte Demokratie" brauchen (Voscherau-Statement vom 28.10.1996). Und uns geht es in dieser Diskussion auch darum, die eigene soziale Situation nicht auszublenden, sondern mit zum An-

knüpfungspunkt für politisches Handeln zu machen. Von Armut und Verelendung sind nicht nur „die anderen" betroffen; Arbeitsbedingungen, kein Geld, entwürdigende Behandlung auf den Ämtern, zerschlagene soziale Infrastruktur usw. sind auch für die allermeisten von uns tagtägliche Probleme.

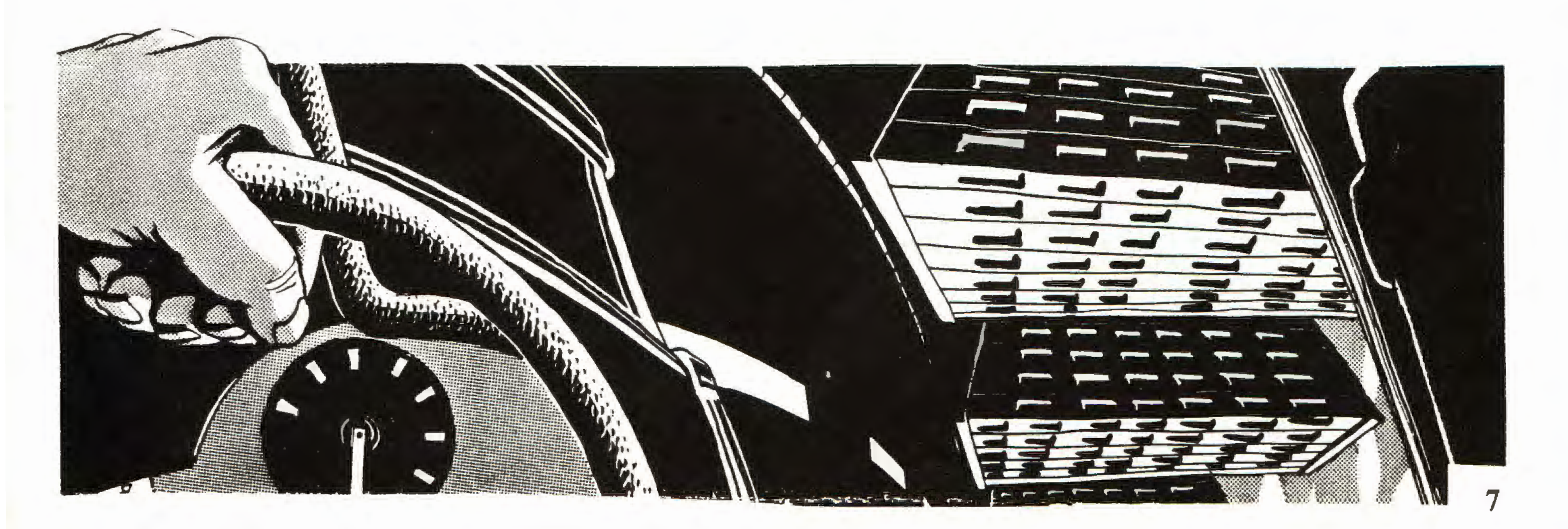
7. Angesichts der Schwäche linker Strukturen und Debatten und angesichts der Vereinzelung und nicht-kollektiven Verarbeitung der Konflikte bietet sich der Staat und insbesondere die Polizei erfolgreich zur „Konfliktlösung" an. Bereits im „Bettler-Papier" wurde ein „Sicherheitsbündnis Bürger - Polizei" als politisches Ziel formuliert, im Schanzenviertel wird daran - mitten in einem sog. Szeneviertel - experimentiert. Die Polizei ist keine „unabhängige Instanz", und sie vertritt als Apparat nie „unsere" Interessen. Sie vertritt immer die Interessen des eigenen Apparats und/oder diejenigen der Voscheraus, Schröders usw. Hier geht es eben nicht um einen Autounfall oder Beschwerden wegen zu lauter Musik sondern um die Unsichtbarmachung von Armut, um die polizeiliche „Säuberung" eines Viertels, um Abschiebungen, um die Konstruktion eines „bedrohten Sicherheitsgefühls" mit der anschließenden Grundsteinlegung eines „Sicherheitsbündnisses Bürger - Polizei". Problematisch ist nicht die „Verhandlung mit der Polizei" an sich. Es ist unter bestimmten Umständen politisch sinnvoll, aus der Position eigener Vorstellungen, eigener Stärke und eigener Forderungen mit der Polizei und anderen staatlichen Stellen zu verhandeln. Z.Z. geht es aber darum, daß die Polizei als Apparat an einem „Sicherheitsbündnis" arbeitet, das Einzelpersonen und Einrichtungen als Hilfspolizisten zur Lösung eines angeblich gemeinsamen Problems instrumentalisieren will. Diesem müssen wir uns verweigern.

8. Angesichts der Armutsentwicklung, der Verelendung, der Illegalisierung usw. ist aber auch die Hoffnung, es könne eine nicht-repressive Form staatlich organisierter Konfliktlösung geben, blanke Illusion. Die sozialen Konflikte und Zerklüftungen in der Gesellschaft werden tiefer, heftiger und unvermittelter. Sie können nicht unsichtbar gemacht werden. Die Konfrontation mit Armut (vor allem auch der eigenen!), Verelendung und sozialer Marginalisierung bleiben uns nicht erspart. Sie sind auch sozialpolitisch und sozialarbeiterisch nicht in den Griff zu kriegen. Wer Elend, Armut, Rassismus und ihre Folgeerscheinungen nicht sehen will, der wird in letzter Instanz doch nach der Polizei rufen müssen. Das heißt nicht, daß sozialpolitische Forderungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Viertel falsch und unsinnig wären, wenn sie „von unten", entlang unserer Bedürfnisse entwickelt werden. Aber die Flucht vor dem Polizeiknüppel in die rettenden Arme einer sozialen Einrichtung z.B. zur „Lösung des Drogenproblems" oder zur „Lösung des Dealerproblems" oder zur „Lösung des „Verelendungsproblems" ist Illusion. Wir halten es auch für gefährlich, wenn sich Einrichtungen über ein solches Versprechen die staatliche Unterstützung sichern wollen. Das sozialpolitische Interesse des Staates ist nämlich ein anderes als die Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Einkommensverhältnisse der Menschen im Schanzenviertel und anderswo. Sozialpolitik im Kapitalismus ist immer auch die andere Seite des Polizeiknüppels und z.Z. ganz besonders. Der Armutsverwaltung geht es vordringlich auch nur um die Unsichtbarmachung des Elends, nicht um seine Beseitigung. So sollen z.B. am Hauptbahnhof (Straßen-)Sozialarbeiter statt der Polizei die Junkies und Obdachlosen von der Straße sammeln. Statt in Zellen werden sie in Einrichtungen gepackt, die sie schon vorher „nicht akzeptiert" hatten.

9. Sich den gesamten sozialen Konflikten im Schanzenviertel stellen, ohne die Illusion zu haben, daß irgend jemand diese Konflikte für uns lösen kann, heißt vor allem, in organisierter, öffentlicher und offener Weise darüber zu reden, wie wir die Situation einschätzen, welche Bedürfnisse wir haben, welche Ansprüche wir an ein gutes Leben im Schanzenviertel stellen und welche politischen Forderungen wir daraufhin aufstellen und mit geeigneten Mitteln durchsetzen wollen. Das geht weit über den bloßen Austausch verschiedener subjektiver Betroffenheiten und Befindlichkeiten hinaus. Dabei geht es nicht um blinde Akzeptanz jedweden Verhaltens oder um illusionären Harmonie auch noch mit dem letzten Arschloch sondern um die Fähigkeit, die Konflikte, die wir ja nicht mit dem Staat oder dem Klassengegner haben, zu benennen und diskutierbar zu machen. Eine solche Debatte beinhaltet schließlich auch die Frage, welche Regel für ein Zusammenleben eigentlich für uns gelten sollen. Auch wer dabei dieses „uns" oder „wir" eigentlich ist, wird sich erst in einem solchen Diskussionsprozeß zeigen.

10. Der erster Schritt könnte ein Stadtteiltreffen ohne staatliche Vermittlung/Beteiligung (Polizei, STEG, Verwaltungen...) sein, in dem gemeinsame politische Forderungen für ein menschenwürdiges Leben für Alle im Stadtteil entwickelt und artikuliert werden. Eine Zeitlang war die Soziale und Politische Initiative St. Georg (SOPI) und der „St.Georger Appell" hier Vorbild. Ein Zusammenschluß vieler Initiativen und Einzelpersonen forderte mit gleicher Vehemenz spritzenfreie Abenteuerspielplätze für Kinder und Druckräume für Junkies und versuchte mit einigem Erfolg, damit politischen Druck zu entfalten. Grundkonsens sollte allerdings sein: Keine „Konfliktlösung" durch die Polizei; keine Vertreibung, auch nicht durch die Hintertür; Keine Beteiligung an irgendwelchen Runden Tischen, so lange es keine einigermaßen belastbaren Strukturen gibt, die die Bedürfnisse und Forderungen „von unten" artikulieren.

Gruppe Blauer Montag
c/o GWA St.Pauli-Süd
Hamburger Hochstraße 2
20359 Hamburg



Jenseits von Eden

Zur Diskussion um die Situation im Schanzenviertel

Im Zusammenhang mit dem Hochkochen des Themas „Innere Sicherheit" während des Hamburger Wahlkampfes entwickelte sich im Schanzenviertel ein rassistischer Diskurs gegen Schwarze, der in den letzten Wochen eine Reihe von Aktionen, Diskussionen und schriftlichen Diskussionsbeiträgen nach sich zog. Getragen wurde dieser Diskurs von unterschiedlichsten Gruppen- und Einzelinteressen, von AnwohnerInnen-Initiativen über eine größere Anzahl von Kleingewerbetreibenden bis hin zu Kneipenbesitzern, die Angst um ihr drogenkonsumierendes Klientel bekamen und auf den „schwarze Dealer raus aus dem Schanzenviertel"-Diskurs aufsprangen, um sich unliebsame Konkurrenz vom Halse zu halten.

Dieser Beitrag ist das Ergebnis einer Diskussion der *gruppe demontage* mit einigen FreundInnen. Dabei geht es uns vor allem um zwei Fragen:

1. Welche theoretischen Ansätze existieren in der Linken für die Analyse dieser rassistischen Denk- und Handlungsmuster und welche praktischen Ansatzpunkte lassen sich daraus ableiten?
2. In welche über das Schanzenviertel hinausreichende Entwicklung sind die aktuelle Situation und die laufenden Prozesse einzuordnen und was bedeutet das für die weitere Diskussion?

Hinsichtlich der Frage nach theoretischen Ansätzen der Linken zur Erklärung der Prozesse im Schanzenviertel wollen wir uns auf die Darstellung von relativ polarisierten Positionen beschränken, da sie die unterschiedlichen Annäherungen an das Thema gut verdeutlichen.

Verarmung von Stadtteilen als Folge von Modernisierungsstrategien

In der stadtsoziologischen Forschung der akademischen Linken ist ein theoretischer Zugang vorherrschend, der die Entstehung einer *urban underclass* als Folge von Verarmungs- und Verelendungstendenzen in den Mittelpunkt der Analyse stellt. Im Verlauf der Diskussion um die Situation im Schanzenviertel war dieser Ansatz in der Zeitschrift *Szene Hamburg* (10/97) anhand von Äußerungen des Hamburger Stadtsoziologen, Jens Dangschat, nachzulesen. Dangschat geht davon aus, daß durch Modernisierungsprozesse immer mehr Menschen aus dem Produktions- und Arbeitsprozeß freigesetzt werden. Diese Menschen bilden eine wachsende städtische soziale Unterschicht, die sich aus Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen, marginalisierten MigrantInnen und Obdachlosen zusammensetzt und die in Stadtviertel mit billigem Wohnraum und günstiger Infrastruktur drängt. „Aufwertungstendenzen" in diesen Stadtvierteln - also Sanierung von Wohn- und Gewerberaum etc. - führen zu sozialen Problemen in diesen Stadtteilen, zu Verarmung und letztendlich zu Vertreibung.

Diese Analyse von Urbanisierungsprozessen trifft auf die Entwicklung im Schanzenviertel nicht so richtig zu. Im Gegensatz etwa zu Wilhelmsburg, das häufig als zweites Paradebeispiel eines verarmten Stadtteils angeführt wird, ist die Sozialstruktur im Schanzenviertel in einem wesentlich geringeren Maße allein von einem Zuzug aufgrund billiger Wohn- und Infrastruktur bzw. von Vertreibung aus anderen Stadtteilen geprägt als von einer bewußten Entscheidung von Menschen, die „das Viertel" hip finden die die Zentralität und die Infrastruktur schätzen.

Die im Schanzenviertel real stattfindenden Umstrukturierungsprozesse basieren, wie überall sonst auch, auf der alltäglichen Verwertungslogik des Kapitals einerseits und gegenläufigen Tendenzen in der Sozialstruktur andererseits. Letztere sind sowohl durch Altersarmut und andere Verarmungsprozesse gekennzeichnet als auch durch Aufwertungstendenzen, die von Studis, Mittelschichtslinken und anderen Gruppierungen - gewissermaßen von innen heraus - mitgestaltet werden („Die Studis von heute sind die Manager von morgen").

Wesenlich gravierender als diese Ungenauigkeiten ist allerdings eine Blindheit gegenüber Rassismus. Bei Jens Dangschat liest sich das in bezug auf das Schanzenviertel beispielsweise so: *„Man hat gelernt, mit den alten Problemen zu leben, mit Straßenverkehr, mit kultureller Vielfalt, mit Hundescheiße auf der Straße, mit Lärm. Jetzt, wo die Toleranzgrenze bereits weit überschitten ist, fangen diese Dinge an zu stören."* (Szene Hamburg, S.18). Da wird *„kulturelle Vielfalt"* im gleichen Atemzug mit Hundescheiße als Problem eingeordnet. Durch ein Austauschen von „Ausländer" durch „Vielfalt" wird so rassistische Ausgrenzung nur umetikettiert, nicht aber kritisiert. Ein Erkennen des Problems *Rassismus* fehlt gänzlich.



Rassismusanalyse

Neben der dargestellten *Verelendungstheorie* existiert ein zweiter Zugang, der Rassismus in den Mittelpunkt der Analyse stellt. In den letzten Wochen haben einige Aktionen und Beiträge auf Rassismus als zentralen Bestandteil der Situation im Schanzenviertel hingewiesen. Für das Bündnis, das die „Informationstage gegen Rassismus, Ausgrenzung und Vertreibung vom 17. - 20. September '97" am Bahnhof Sternschanze organisiert hatte, *„ist die selbverständliche Gleichsetzung eines Treffpunkts von schwarzen Jugendlichen mit einem >Drogenumschlagplatz< (...) Teil der rassistischen Mobilmachung in dieser Gesellschaft."* (Flugblatt des Bündnisses). Dabei wird vor allem auf die immer schwieriger werdenden Lebensbedingungen von vielen MigrantInnen Bezug genommen, die z.B. aufgrund vorenthaltener Arbeitserlaubnis häufig zu illegalisierten Arbeitsbedingungen gezwungen werden. Ohne eine Berücksichtigung dieser materiellen und ideologischen Ebene von Rassismus kann die Situation im Schanzenviertel nicht verstanden werden.

Soziale Homogenisierung und Blindheit gegenüber Rassismus

Wir haben es sehr begrüßt, daß die *„Gruppe Blauer Montag"* ihre Diskussionsergebnisse in Form von konkreten Thesen zur Diskussion gestellt und damit eine öffentliche Debatte angeregt hat. Wir teilen allerdings an einigen grundlegenden Punkten ihre Analyse und Einschätzung nicht. Die in Klammern gesetzten Thesen verweisen auf das Thesenpapier der Gruppe.

Die *Gruppe Blauer Montag* geht in ihrer Analyse grundsätzlich von einer politischen und ökonomischen Entwicklung aus, deren Folgen zu Prozessen von Verarmung und Verelendung führen, wie sie in allgemeiner Form bei Jens Dangschat beschrieben wurden. Am Rande sei angemerkt, daß sie allein die Verarmungsprozesse feststellen und die oben beschriebenen „Aufwertungstendenzen" außer Acht lassen. Die aus dieser Entwicklung abgeleiteten Ausgrenzungs- und Stigmatisierungsprozesse analysieren sie als *Sozialrassismus*, d.h. die Prozesse richten *„sich allgemein gegen sozial unerwünschte Merkmale. (...) Eine Reduktion auf Rassismus verkürzt das Problem."* (These 2). Wir halten den auf Karl Heinz Roth Bezug nehmenden Begriff des *Sozialrassismus* für falsch. Dem Begriff liegt eine Analyse zugrunde, die davon ausgeht, daß von Verarmungs- und Verelendungsprozessen eine immer größere Anzahl von Menschen betroffen sind, und zwar in einer vergleichbaren Art und Weise. Selbst *„für die allermeisten von uns"* sind Verarmung und Verelendung alltägliche Erfahrung, so ihre Feststellung in These 6. Es geht unserer Ansicht nach aber nicht um eine Reduktion auf Rassis-

mus, sondern um das Erkennen, daß nicht alle ausgegrenzten Gruppen gleichermaßen von Ausgrenzung und Unterdrückung betroffen sind und daß Rassismus ein eigenständiges Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnis ist. Rassismus zeichnet sich unter anderem auch dadurch aus, daß er selbst die am meisten ausgegrenzten Gruppen noch spaltet. In der *taz* vom 11.10.1997 war zu lesen, daß die Minimalversorgung und Verpflegung von Obdachlosen in Hamburg nunmehr auf deutsche Obdachlose und einige Ausnahmen beschränkt werde, da eine Verpflegung aller Obdachlosen nicht geleistet werden könne. Diese Maßnahmen richten sich vor allem gegen illegalisierte Obdachlose. Homogenisierenden Ansätze übersehen die einzelnen spezifischen Unterdrückungsverhältnisse bzw. ignorieren sie schlichtweg mit dem Ziel der Vereinheitlichung und größeren politischen Mobilisierung. Sie stehen der Erkenntnis im Weg, zwischen den unterschiedlichen Unterdrückungs- und Ausgrenzungsprozessen von beipielsweise deutschen Obdachlosen und MigrantInnen zu differenzieren. Ein Verkennen von rassistischen Komponenten bzw. eine Reduzierung auf soziale Ausgrenzung verkürzt die Analyse in derselben unzulässigen Weise, vor der im Papier der Gruppe gewarnt wird (These 5).

Eine solche Warnung ist zwar immer richtig, hilft aber an diesem Punkt nicht weiter. Wir halten es für richtig und wichtig, Rassismus als eigenständiges Ausgrenzungs- und Unterdrückugsverhältnis zu begreifen und dem Konstrukt einer Stadtteil-Gemeinschaft entgegenzutreten. Deshalb fanden wir die „Informationstage gegen Rassismus, Ausgrenzung und Vertreibung vom 17.-20. September 1997" einen richtigen Ansatzpunkt. Die Angriffe auf schwarze Menschen am Bahnhof Sternschanze sind rassistisch motiviert, auch wenn im Schanzenviertel noch eine Reihe anderer Ausgrenzungsmechanismen existieren. Uns geht es nicht darum, Ausgrenzung zu hierarchisieren, sondern darum, die/den ideelle/n Gesamtbetroffene/n als Konstrukt zu entlarven.

Die Homogenisierung ausgegrenzter Gruppen - und damit kommen wir zum zweiten zentralen Kritikpunkt - ist existenziell für einen Politikansatz, der sich aus einem räumlich eingegrenzten Gebiet heraus definiert. In These 10 wird formuliert, um welches Gebiet es sich dabei handelt, nämlich um das Schanzenviertel und welche Interessen verfolgt werden, nämlich Diskussionen mit den dort lebenden Menschen, um *„Bedürfnisse"* und *„Ansprüche"* an ein *„gutes Leben im Schanzenviertel"* zu debattieren. Dabei tauchte in den letzten Wochen verstärkt das Problem auf, daß Menschen von ganz unterschiedlichen Interessen geleitet werden, obwohl sie alle „im Viertel" wohnen. Da tauchen dann die Konflikte wieder auf, von denen die Gruppe Blauer Montag behauptet, daß wir sie *„nicht mit dem Staat oder dem Klassengegner haben"*, sondern unter uns im Viertel (These 9). Ein solches Politikverständnis deckt Widersprüche zu, die in anderen Situationen mit Sicherheit wieder aufbrechen. Elterninitiativen wollen eine vermeintlich heile Welt für ihre Kinder, den Gewerbetreibenden geht es um den Umsatz und manchem Kneipenbesitzer ums eigene Drogengeschäft. Die Vorstellung, daß Klassen- oder andere Widersprüche im Stadtteil nicht präsent sind, ist ein Mythos. Dieser Mythos wird aber vom Blauen Montag reproduziert, wenn allen Menschen im Schanzenviertel ein gemeinsames Interesse unterstellt wird., auch wenn sie nicht mit dem „letzten Arschloch" reden wollen. Wer ist aber das „letzte Arschloch"? Der Klassengegner, oder die Grauen Wölfe, die sich zum Anwalt des Stadtteils machen? Kriterium für eine politische Debatte kann doch nur ein gemeinsames politisches Interesse sein. Ein „Stadtteil-Dialog" mit Menschen, die nicht klar gegen Rassismus und Ausgrenzung Position beziehen, kann keine politische Strategie sein.



Law and order-Politik und Modernisierung

„Law and order is a labour issue", heißt die Losung der Sozialdemokratie, nicht nur in England, sondern auch für die nächsten Wahlkämpfe in der BRD. Auch im vergangenen Wahlkampf in Hamburg war das Thema „Innere Sicherheit" eines der vorrangigen Themen. Aus Sicht der Sicherheitspolitiker und -experten stellt das „traditionell linke" Schanzenviertel eine besondere Herausforderung dar. Betrachtet man aber das Schanzenviertel - an diesem Punkt stimmen wir mit der Gruppe Blauer Montag überein - als Experimentierfeld für eine mögliche bundesdeutsche Entwicklung, dann stellt sich eben gerade nicht die Frage für ein politisches Handeln eines unbestimmten „wir" (vgl. These 9), sondern die Frage nach mittelfristigen Perspektiven linker Politik. Diese wird sich aber zukünftig verstärkt von klassischen Stadtteilkonzepten lösen und trotz ihrer marginalisierten Situation eine antirassistische und gegen Vertreibung und Ausgrenzung gerichtete Politik entwickeln müssen, die jenseits von „Sicherheitsbündnissen" und „Vierteldialog" zu suchen ist.

Daß, wie viele mit Verwunderung feststellen, ein rassistischer Diskurs gerade im Schanzelviertel so schnell Fuß fassen konnte, ist unserer Ansicht nach nicht besonders verwunderlich. Gerade die autonome Linke hat den Mythos „Unser Viertel", in dem ganz normale gesellschaftliche Widersprüche nicht zu existieren schienen, über Jahre reproduziert und eine linke Scheinidentität aufgebaut, die den Linken im Stadtteil jetzt auf die Füße fällt. Die Menschen im Stadtteil haben seit Jahren gelernt, sich zu organisieren und ihre Interessen zu artikulieren: keine Kommerzkultur im Viertel, keine Großhandelsketten, keine Yuppies usw. Dabei ging es stets darum, die Scheinidentität des widerspruchsfreien Viertels zu bewahren. Auf dieses „soziale Training" kann jetzt aufgebaut werden, wenn Multikulturalismus dazu benutzt wird, rassistische Ausgrenzung zu betreiben.

Ein Stadtteil ist genausowenig ein homogener, sozialer Verband wie eine Nation. Er ist ein Raum, in dem widersprüchliche, soziale Interessen gegeneinander stehen. Dies gilt wie für jeden anderen Stadtteil auch für's Schanzenviertel. Diese Widersprüche nicht in einem „Vierteldialog" zuzudecken, sondern offen zu benennen und Position zu beziehen, muß Aufgabe linker Politik sein.

gruppe demontage

Die schärfsten Kritiker der Elche sind selber welche

Weitere Gedanken zu Antirassismus und der gescheiterten Aktion in der Flora

Die Auseinandersetzungen um die Aktion zum Schutz von Flüchtlingen aus „Ex"-Jugoslawien vor Abschiebungen haben in mehrerlei Hinsicht qualitativ neues Terrain eröffnet: es dürfte sich um eine der ersten politischen Aktionen handeln, die zwar vor- und nachbereitet wurde, Gegenstand größter Emotionen war, sogar die *zeck* und die *interim* um einige Seiten bereicherte, selbst aber nie stattgefunden hat. Und gleichzeitig illustrieren diese Auseinandersetzungen die lächerliche Kleinkariertheit linksradikaler Restzusammenhänge, die offenbar nur noch virtuelle Schlüsselreize brauchen, um sich gegenseitig „Paternalismus", „passiven Paternalismus" oder „Abwehrhaltungen gegen eigene Aktivitäten" um die Ohren zu hauen. Wohin dieses gepflegte Desinteresse an einer gemeinsamen Diskussion führt, belegen - ohne daß es einer weiteren Kommentierung bedürfte - die beiden Verlautbarungen von „einigen" und die darauf folgende Entgegnung von „anderen" der „Öffentlichkeits-AG" in der September- bzw. Oktober-zeck (interim 429 und 431). Mensch stelle sich das bitte nocheinmal vor: in dieser AG sollte die Vermittlung der Aktion gemeinsam bestimmt und nach außen getragen werden und im Nachhinein zeigt sich, daß die eine Fraktion den anderen vorhält, eigentlich die ganze Zeit nichts anderes als die Hintertreibung der Aktion bewirkt zu haben, mit „enorm hemmenden Ritualen": der Nachfrage nach dem Charakter der Aktion. Und dies, obwohl zuvor die so denunzierten ausdrücklich erklärt hatten, „nie um das 'Warum' der Aktion oder, über das 'Ob' entscheiden zu wollen, sondern immer um Klarheit über das 'Wie' und das 'Was'!".

Sicherlich liegt dieses beharrliche Aneinandervorbeireden nicht an überbrückbaren Mißverständissen, sondern ist Ausdruck einer grundsätzlichen Haltung, die vor allem die eigenen politischen Positionen für die einzig maßgebliche hält: hero or zero..., wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.

Die Grundlagen für dieses dramaturgische Konzept wurden gleich mit dem Beginn der Aktion gelegt durch die Besetzung der Flora, die einer freundlichen Erpressung unter FreundInnen gleichkam: die Setzung der Notwenigkeit zur Organisierung einer Aktion wurde nicht gemeinsam entwickelt, sondern war unumstößliche Voraussetzung jeder weiteren Diskussion. Aus Sicht von IZI (Interessenvertretung der Flüchtlinge) war sicherlich konsequent und auch richtig, ein Projekt wie die Flora in die politische Pflicht zu nehmen. Andererseits war im April in der Flora nicht die Situation, daß dort nun alle darauf gewartet hätten, sich in einer authenischen Aktion endlich mal wieder engagieren zu dürfen: „Dann wird das jetzt eben zum Schwerpunkt der Arbeit in der Flora." erklärte eine deutsche Genossin auf einem der ersten Plena nach der Besetzug der Flora den Anwesenden. Diese fürsorgliche Vereinnahmung war sozusagen das Anfangsmotiv der Musik, die dann in den folgenden Wochen bei den Diskussionen den Ton angab.

Da bei jedem guten Musikstück die letzten Takte das Anfangsmotiv wieder aufnehmen, blicken wir auf die Schlußakkorde, die im Juni 97 in einem IZI-Papier gegeben wurden:

„Ihr bezieht euch in eurem Papier (ein Papier, das davon ausging, die seinerzeit verfahrene Situation beruhe auf Mißverstnädnissen, die durch Benennung einzelner Fragen geklärt werden könnten, d.A.) *auf die Aktion und wir denken, daß diese sehr simpel ist und wir immer wieder darüber diskutiert haben, so daß es lächerlich wäre, heute nocheinmal darüber zu reden. Die Aktion soll allen den Menschen helfen, denen die Deportation bevorsteht, und diese Menschen wünschen es, sich dem daraus entstehenden Druck entgegenzustellen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir verstehen eure penetrante Frage wieviele Leute in die Flora einziehen als eine Provokation, die ausschließlich die Funktion hat, die Arbeit zu verlangsamen oder zu stoppen. Laut eurer Interpretation habt ihr die Aktion nur als Provokation der Öffentlichkeit verstanden. Unserer Meinung nach ist die Aktion nicht nur das, sondern hat eine breitere Bedeutung. Darunter verstehen wir: Unterbringung, Versorgung und andere materielle Hilfe, sowie physischen und rechtlichen Schutz, ausserdem eine breite Solidarität. Nachdem dieses erfüllt ist, ist unser Ziel die Rückkehr in irgendeine sogenannte Legalität."*

Es kann ein Ausdruck unserer politischer Beschränktheit sein, nicht zu erkennen, mit welch einfachen Mitteln die Durchsetzung eines selbstbestimmten und legalen Status' für Flüchtlinge möglich ist. Es kann aber auch eine grundlegend andere Einschätzung über die Kräfteverhältnisse und Möglichkeiten einer in der Flora laufenden Aktion sein, die dann zu als penetrant empfundenen Fragen führen. Es kann ein Ausdruck von Arroganz oder deutscher Überheblichkeit gesehen werden, wissen zu wollen, „wieviele" Menschen denn in die Flora kommen wollen. Es kann aber auch dahinter stehen, daß es einen elementaren Unterschied macht, ob zehn, zwanzig oder mehr Menschen in der Flora Zuflucht suchen, ob es Familien sind oder Alleinstehende. Es kann Zeichen politischer Instinktlosigkeit sein, klären zu wollen, ob die Flüchtlinge von IZI erst noch mittels Propaganda in die Flora mobilisiert werden sollen, oder ob es bereits ein Kollektiv von Menschen gibt, die sich einen derartigen Schritt mitsamt seinen Konsequenzen vorstellen können.

Und wenn auch nicht unbedingt ein offenes Plenum der geeignete Ort ist, solche Fragen zu erörtern, hätte es sicherlich andere Gelegenheiten geben können, sich darüber auszutauschen.

Doch war das überhaupt möglich? Mensch lasse einmal kurz das Gedankenspiel zu: Nach knapp zwei Monaten wöchentlicher Plena müssen sich Leute, die sich als solidarisch begreifen, in einem Papier erklären



lassen, ihre penetranten Fragen seien Provokationen, die ausschließlich (sic!) die Arbeit verlangsamen oder stoppen sollen. Ist es übertrieben, da das Interesse an einer gemeinsamen Bestimmung auf etwa Null zu taxieren?
Wo war der Ort, Unklarheiten und Unsicherheiten auch zuzulassen und sich darüber zu verständigen, was das für die Aktion bedeutet hätte? Statt dessen wurden diese offensichtlichen Widersprüche immer wieder abgewürgt, um „das bestehenden Konzept" durchsetzen.
Am effektivesten erweist sich in solchen Situationen das Spielen der Bequemlichkeitskarte, eine beliebte Argumentationsfigur, die sich auch noch durch den Text *„Phantomschmerz Antirassismus"* (zeck Nr. 63) zieht. *„Dennoch wurden wir den Eindruck nicht los, daß eure derartige Argumentation desöfteren auch vorgeschoben wurde, um die eigene Untätigkeit zu begründen. (...) fiel es uns schwer zu glauben, daß hinter der Forderung nach Selbstorganisierung mehr stand, als der wohlklingende Versuch sich rauszuzuziehen und die eigene Bequemlichkeit und Konzeptlosigkeit zu bemänteln."*
Statt sich auf einen Prozeß einzulassen wird den BedenkenträgerInnen gebetsmühlenartig vorgeworfen, sie wollten die Aktion nicht, sie wollten die Flora nicht aufs Spiel setzen etc. Auf die Absurdität dieser Unterstellung ist zu Anfang bereits eingegangen worden.
Wichtig ist in diesem Zusammenhang wohl nur, daß sich mit einer derartigen moralischen Dauendröhnung vielleicht noch eine kurzlebige Mobilisierrung hinkriegen läßt, jedoch keine längerfristig angelegte Basis, die eine momentane Betroffenheit überdauert, geschweige denn eine gemeinsam organisierte Aktion.
Daß „die Flora" seinerzeit nicht in der Lage gewesen wäre, Unterbringung, Versorgung, materielle Hilfen, physischen und rechtlichen Schutz zu leisten versteht sich von selbst; doch auch die vielen UnterstützerInnen der Restszene hatten sich von den Diskussionen nach einer Weile diskret ferngehalten. Das wiederum hatte seinen Grund in dem beschriebenen Klima, das auch der oben zitierte Textausriß aufs trefflichste dokumentiert.
Auch wenn die Aktion letztendlich nicht stattgefunden hat und eine gemeinsame Diskussion, geschweige denn eine gemeinsame Nachbereitung nicht möglich gewesen ist, so lohnt es doch, einige der im Rahmen der Auseinandersetzung aufgeworfenen Fragen nachzuzeichnen und zu analysieren, da diese auch Relevanz für zukünftige Kämpfe haben können.
Viele unserer Diskussionen kreisten um die Frage, wie eine Aktion von MigrantInnen unterstützt werden und wie unsere Beziehung/unser Verhältnis zu dieser Aktion sein kann.
Ausgangspunkt war dabei die Tatsache, daß mit IZI eine Flüchtlingsgruppe Ende April die Rote Flora besetzte. Auf diesem Weg forderten sie Unterstützung für ihren Widerstand gegen die bevorstehenden Massenabschiebungen nach Ex-Jugoslawien, der sich in einer Aktion in der Flora manifestieren sollte, sowie allgemein eine verstärkte Diskussion innerhalb der radikalen Linken über die herrschende rassistische Politik ein.

Unterstützungsarbeit

Durch die bislang erschienen Texte (*zeck* Nr. 63/*Interim* Nr. 431) zieht sich unserer Meinung nach, wie im übrigen durch die gesamte Auseinandersetzung um die Unterstützungsarbeit zur IZI-Aktion das gleiche Mißverständnis, wenn es denn überhaupt eins ist: Es wird eine Position behauptet, die darin bestehe immer nur zu schauen, was denn die Flüchtlinge/MigrantInnen „uns" sagen. Dieser „Position" zu Folge solle bzw. werde, nur daran, wenn überhaupt, eine Praxis entwickelt. Dem wird dann entgegnet, mensch müsse endlich auch eine eigene Position entwickeln, statt immer nur abzuwarten.
„Der Wunsch der Flüchtlinge[1] eine gemeinsame Politik zu entwickeln, stand dem Wunsch einigen aus dem AGA, die Selstorganisation der Flüchtlinge zu unterstützen (d.h. bloß unterstützend tätig zu werden und keine eigenständige Politik zu formulieren) teilweise entgegen." (andere a.d.Öff AG, zeck Nr. 63)
Wenn's denn doch bloß so einfach wäre.
Von der geplanten Aktion in der Flora erfuhren wir erst durch die Besetzung der Flora und entschlossen, uns, weil wir die Aktion grundsätzlich richtig fanden, an den Diskussionen um die Ausgestaltung zu beteiligen.
Unsere Herangehensweise war davon gekennzeichnet, den organisierten Widerstand, den IZI über die Aktion formulieren bzw. sichtbar machen wollte, zu unterstützen, da wir denken, daß die Solidarität mit MigrantInnen und Flüchtlingen der entscheidendste Teil einer antirassistischen Praxis sein muß. Dies aus dem Verständnis heraus, im engeren Sinn keine Politik „für andere" zu machen, sondern aus eigenen Interessen, antirassistische Politik (weiter) zu entwickeln. Dabei stehen wir als weiße Metropolenmenschen und InhaberInnen eines deutschen Passes auf der privilegierten Seite. Das daraus resultierende Ungleichgewicht gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen läßt sich nur begrenzt auflösen. Es läßt sich aber viel dafür tun, dieses Kräfteverhältnis nicht auch noch auszuspielen, indem die Bestimmung der Aktionsfelder, -themen, -ansätze heimlich oder sogar explizit in die Hände deutscher AktionistInnen übergleitet.
Das heißt nun weder, sich blindlings die Forderungen der Flüchtlinge zu eigen zu machen, noch darauf zu verzichten, ein eigenes Verhältnis zu Antirassismus zu entwickeln.
Und selbstverständlich schützt die Unterstützung einer Flüchtlingsselbstorganisation *„auch vor Eigeninitiative nicht" (gruppe demontage zeck Nr. 63).*
Nur hat niemand bisher etwas Gegenteiliges behauptet oder eine derartige Position verteten..Und so muß sie denn auch herbei imaginiert werden, stellt sie doch eine ganz vortreffliche Folie für die eigene Abgrenzung und das Verorten auf „der richtigen Seite" gegenüber den *„Bequemen"*, den *„passiven PaternalistInnen"*, den *„Konzeptlosen"* dar.

Was tun - (K)Eine Frage der Repräsentation

Etwas schematisch läßt sich vielleicht differenzieren in Aktionen, die „wir"[2] von „uns" aus vor dem Hintergrund „unserer" Erfahrungen und Vorstellungen/Utopien bestimmen z.B. Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit gegen rassistische Institutionen wie Ausländerbehörden, Abschiebeknäste etc. Auch wenn „wir" „uns" dabei auf bestimmte Forderungen von Flüchtlingen beziehen, repräsentieren wir uns in erster Linie selbst und führen eigeninitiativ Aktionen durch.
Schwieriger wird dies jedoch in der konkreten Unterstützung von opponierenden Flüchtlingen und MigrantInnen. Hier können „wir" selbstverständlich nicht Flüchtlinge/MigrantInnen repräsentieren. Vielmehr sollte es vornehmlich darum gehen, sie darin zu unterstützen, ihren Forderungen Gehör bzw. Geltung zu verschaffen. Dies jedoch nicht, wie unterstellt, aus einer eigenen Positionslosigkeit heraus. An-

satzpunkt ist hier, daß MigrantInnen und Flüchtlinge fordern, selbstbestimmt entscheiden zu wollen, z. B. wie und wo sie leben („Wer bleiben will, soll bleiben") und ihr Wille, sich konkret z.B gegen den Terror der Ausländerbehörde, der auf „freiwillige Rückführung" und Abschiebung abzielt, zur Wehr zu setzen.

Dabei ist es wichtig, auch die mögliche Unterschiedlichkeit der Motive, Bedürfnisse und Ziele von Flüchtlingen wahrzunehmen und sich das stets vorhandene Machtverhältnis zu vergegenwärtigen. Solidaritätsarbeit in diesem Zusammenhang bedeutet nicht, die Einheit herstellen zu wollen, sei es durch eine „bedingungslose Unterstützung" oder durch ein Überstülpen eigener Vorstellungen und Konzepte, sondern vielmehr die bewußte Akzeptanz der Differenz ohne die Aufgabe der eigenen politischen Identität. Dies beeinhaltet in der konkreten Auseinandersetzung zum Einen, eigene Vorstellungen und Forderungen zu begründen, zum Anderen aber auch, um nicht mit eigenen Konzepten die Auseinandersetzung zu dominieren, diese zurückstellen zu können, solange Flüchtlinge/MigrantInnen nicht einigermaßen für sich geklärt haben, was sie denn wollen. Erst dann kann es darum gehen, Gemeinsamkeiten zu suchen und zu finden und auch über Unterschiedlichkeiten zu streiten.

Was hat das jetzt mit der Aktion in der Flora zu tun?

Neben der Zuspitzung der politischen Situation, durch den öffentlichen Protest in der Flora den Kampf um ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht aufzunehmen, haben wir das Engagement IZIs immer so verstanden, daß es explizit darum geht, mit der Aktion weitere Flüchtlinge anzusprechen und zu motivieren, sich ihnen anzuschließen, um aus einer stärkeren Bewegung heraus dem Abschiebeterror etwas entgegensetzen zu können. Eine kleine Zahl von Flüchtlingen wollte in der Flora also die Aktion anfangen, um dann weitere Flüchtlinge zu agitieren.

Da diese Aktion jedoch auch den oben genannten Widersprüchen in Bezug auf die Durchführbarkeit und Vermittelbarkeit auch von Seiten der Flüchtlinge ausgesetzt war, wurden Stück für Stück, allerdings ohne uns den Hintergrund deutlich zu machen, andere Szenarien ins Spiel gebracht. So tauchte ebenfalls die Idee einer Beratungsstelle inklusive medizinischer und rechtlicher Beratung auf, die kurzfristige Unterbringung von Illegalen oder ein Ort, wo Illegale in andere Quartiere vermittelt werden sollten. Daneben stand immer noch die ursprüngliche Idee zu einer Aktion im Raum, mit der sich Flüchtlinge/MigrantInnen öffentlich ihrer Abschiebung widersetzen würden. Eine Aktion also, die zumindest die Option einer Eskalation seitens der Bullen inklusive Räumung und Abschiebung der Flüchtlinge beinhalten würde.

Genau wegen dieser Konstellation, die mit massiven Konsequenzen für die beteiligten bzw. die noch zu beteiligenden Flüchtlinge/MigrantInnen verbunden war, ging es darum, von IZI, also den ProtagonistInnen bzw. OrganisatorInnen, eine konkretere Ausgestaltung ihrer Ideen zu erfahren, um hiermit einen Umgang zu finden und diese auch weiter vermitteln zu können. Hier zeigte sich die bereits oben beschriebene völlige Unfähigkeit (Unwilligkeit?), eine gemeinsame Diskussion zu führen. Und so waberten auch die Überlegungen zu Öffentlichkeitsarbeit, zur Ausdehnung der „Aktion" oder zur Frage, wie ein möglichst effektiver Schutz gewährleistet werden kann, substanzlos herum.

Die Auseinandersetzung um die Aktion in der Flora liefern in diesem Sinne ein anschauliches Beispiel für die Verlockungen strukturelller Überlegenheit: Je mehr die Vorstellungen der Flüchtlinge/MigrantInnen an Deutlichkeit verloren, desto stärker wurde die Fraktion der Leute, die die Aktion notfalls auch alleine gemacht hätten. So lag es für einige UnterstützerInnen auf der Hand, daß, als IZIs weitere Beteiligung fraglich schien, sie eine 'eigene' Aktion in der Flora inszenieren und eine 'eigene" Anlaufstelle ins Leben rufen wollten.

Die Aktion nn diesem Punkt der völligen Unklarheit unsererseits nicht weiter anschieben zu wollen, hat dementsprechend überhaupt nichts mit *„Konzeptlosigkeit" oder „passivem Paternalismus"* zu tun, sondern einzig damit, mit dieser Situation verantwortlich umgehen zu wollen und nicht für andere/über andere hinweg die Aktion weiter voranzutreiben ohne eine Auseinandersetzung über evidente Probleme zu führen.

Wir können bzw. sollten uns nicht zu einer Triebfeder einer Aktion machen (lassen), bei der die ProtagonistInnen bzw. auch die, die Repression am schärfsten treffen kann, nur (noch) vage Vorstellungen davon haben, was sie eigentlich wollen. Und wie hätte auf dieser Grundlage in einer eskalierten Situation gemeinsam gehandelt werden sollen?

Um es also noch einmal klipp und klar zu sagen: Diese Position erhebt keinen alleingültigen Anspruch für antirassistische Politik, *„schützt auch vor Eigeninitiative nicht"*, sondern bezieht sich konkret auf die von IZI initiierte Aktion.

Von daher ist die Aktion auch nicht an *„mangelnder Aktivität"* oder *„Positionslosikeit"* gescheitert. Wir sehen nicht wie sich das Dilemma um die *„unklaren Kozeptvorstellungen"(demontage)* in dieser konkreten Aktion hätte anders auflösen lassen, außer indem die bestehenden Widersprüche und Bedenken von Seiten der UnterstützerInnen sondern und gerade auch von IZI trotz der unterschiedlichen Machtposition schonungslos auf den Tisch gepackt worden wären. Das hätte dann auch bedeuten können, daß die Aktion (welche dann auch immer) neu oder anders bestimmt worden wäre oder eine andere Form erhalten hätte. Nicht weil sie grundsätzlich falsch oder *„zu heikel"* ist, sondern weil es auch das Ergebnisse eines Klärungsprozesse sein kann, wenn mensch fragt ob die Aktion so überhaupt durchführbar ist oder ob sie nicht an der realen Situation von Flüchtlingen die erst mobilisiert werden sollen, vorbeigeht[3].

Eine Politik, wie sie von „den anderen aus der öff-AG" vertreten wurde und wird, die innerhalb der konkreten Ausgangsbedingungen und Positionen darauf basiert, daß deutsche UnterstützerInnen, nachdem IZI ihre Idee inhaltlich nicht füllen konnte, Konzepte ausarbeiten für einen Kampf von Flüchtlingen und MigrantInnen, wird letztendlich auch für niemanden emanzipativ sein, selbst wenn sich damit in der Tagespolitik sogar eine „gemeinsame" Aktion inszenieren läßt.

Bibo und die Elchtester

---

1 Daß hier der 'Wunsch der Flüchtlinge' für die Begründung des eigenen Standpunktes herhalten muß, soll uns an dieser Stelle nur am Rande interessieren

2 Ein Handlungskollektiv, welches vielleicht eines echten „wirs" würdig wäre, existiert derzeit wohl nicht, und ist eventuell auch weder von Nöten noch überhaupt erstrebenswert. Daher ist es in diesem Text in „" gesetzt. Gemeint ist damit die Vielzahl unterschiedlichster Individuen, die immer wieder Interesse haben oder sich berufen fühlen, Sand ins Getriebe der Herrschaftsinstrumente zu streuen. Taucht doch einmal ein wir ohne „" auf, so meint es denn nur die AutorInnen der vorliegenden Gedanken und Schlußfolgerungen.

3 So wurde es zumindest von einem IZI-Vertreter auf dem Nachbereitungstreffen eingeschätzt.



Aus unten angeführten Anlässen veröffentlichen wir einen Beitrag zu den gerichtlichen Schnellverfahren aus dem Antifa-Info Nr. 41/ 1997. An dieser Stelle möchten wir auf eine wahrscheinliche Neuauflage des Ratgebers "Durch die Wüste" im nächsten Jahr aufmerksam machen, in welchem dann die hier in dem Artikel beschriebenen Neuerungen enthalten sein werden:

beschleunigte Verfahren

Da immer mehr AntifaschistInnen in den letzten Monaten von den neuen sogenannten Schnellverfahren betroffen waren und absehbar ist, daß die Zahl der Schnellverfahren in der nächsten Zeit noch zunehmen wird, hat sich das AIB mit dem Berliner Ermittlungsausschuß und einigen RechtsanwältInnen zusammengesetzt, um Möglichkeiten aufzuzeigen, wie man/frau sich vor dem Schnellgericht verhalten kann. Wenn Ihr das alles zu kompliziert findet, um Euch die einzelnen Schritte zu merken: Schneidet den Artikel einfach aus, kopiert ihn und nehmt ihn auf Demos, Aktionen etc. mit, diskutiert ihn gemeinsam mit Eurer Gruppe.



Praktische Tips für den Umgang mit den neuen gerichtlichen Schnellverfahren

Schnell, einfach, billig und gut – so oder ähnlich werben derzeit Justiz und Staatsanwaltschaften quer durch alle Bundesländer für das sogenante »beschleunigte Verfahren«, das im Folgenden als »Schnellverfahren« bezeichnet wird. Jahrelang hatten die Schnellverfahren eigentlich ein Schattendasein geführt. 1994 wurde dann mit dem sog. »Verbrechensbekämpfungsgesetz« den Staatsanwaltschaften und Amtsgerichten wesentlich weitgreifendere Möglichkeiten eingeräumt bei einfachen Tatvorwürfen wie »Verstoß gegen das Versammlungsgesetz«, »Widerstand«, »Landfriedensbruch« und »Sachbeschädigung« Schnellverfahren durchzuführen. In Berlin, aber auch in den neuen Bundesländern wie Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt wird seit Mitte diesen Jahres verstärkt versucht, nach Demonstrationen, Haus- und Baumbesetzungen und kleineren Aktionen, Festgenommene durch das Schnellverfahren abzuurteilen. Betroffen sind – wie bei den Baumbesetzungen in Suhl, den Häuserräumungen in Potsdam, bei der verbotenen Antifademo in Saalfeld etc. – vor allem Punks, Autonome und Antifas. Daß die Schnellverfahren vereinzelt auch gegen Nazis angewendet worden sind, sollte für uns wirklich kein Grund sein, sich über die Existenz dieser merkwürdigen Form der Rechtsprechung zu freuen oder sich nicht damit auseinanderzusetzen.

Erklärtes Ziel der »Schnellgerichtsverfahren« ist die schnelle Abschreckung von »TäterInnen«, da Kriminologen und Justiz davon ausgehen, daß Strafen nur dann *»erzieherisch wirksam«* und *»abschreckend«* seien, wenn die Strafe unmittelbar der Tat folgt. Darüber hinaus wird die Möglichkeit, mit AnwältInnen gegen eventuelle Strafverfahren nach Demos etc. vorzugehen (und dabei oft eine Einstellung der Verfahren zu erreichen) erheblich eingeschränkt. De facto werden durch die Schnellverfahren massenhaft Leute kriminalisiert und ihnen wird oft jegliche Möglichkeit genommen, sich dagegen zu wehren. Schnellverfahren sind ein wichtiger Baustein im Projekt »Innere Sicherheit«.

Angesichts der massenhaften Anwendung der Schnellverfahren sollten sich Gruppen und Leute, die Demos, Aktionen etc. planen, noch verschärfter schon vor einer Aktion Gedanken über die zeitweilige Einrichtung eines Ermittlungsausschusses, die Bekanntgabe der Telefonnummer und eine gute Zusammenarbeit mit RechtsanwältInnen machen. Darüber hinaus können auch Infoveranstaltungen zu Schnellgerichtsverfahren sowie zu den Grundsätzen wie man/frau sich nach einer Festnahme verhält, keinesfalls schaden. Am besten ist es, Ihr hinterlaßt unterschriebene Vollmachten und habt die Telefonnummer des Ermittlungsausschusses bzw. einer Anwältin/eines Anwalts dabei, bevor Ihr zur nächsten Demo aufbrecht. Daß der Grundsatz bei einer Festnahme, »Anna und Artur halten das Maul«, nach wie vor gilt, sollte eigentlich jeder und jedem klar sein, doch es gibt eben immer wieder Situationen, in denen auch erfahrene AktivistInnen überrumpelt sind und Mühe haben, sich an Verhaltensstandards zu erinnern. Eine dieser Situationen ergibt sich, wenn man/frau sich völlig unvorbereitet vor dem Schnellgericht wiederfindet.

Wie kommt es überhaupt zu Schnellverfahren?

Die Staatsanwaltschaft beantragt bei den zuständigen Richtern am Amtsgericht die Durchführung des »beschleunigten Verfahrens«, das im § 419 II der Strafprozeßordnung geregelt wird. Wenn der Richter zustimmt, droht den Betroffenen die schnelle Aburteilung. Im beschleunigten Verfahren dürfen nur Straftaten behandelt werden, die höchstens eine Haftstrafe bis zu sechs Monaten nach sich ziehen können. Ist die angedrohte Strafe für eine angeblich begangene Straftat höher, darf das Schnellgerichtsverfahren nicht angewandt werden. Auch bei Personen, die noch nicht 21 Jahre alt sind, darf das Schnellverfahren wegen der besonderen Bestimmungen des Jugendstrafrechts nicht angewandt werden (daran müssen einige übereifrige Staatsanwälte manchmal erinnert werden).





Also, was tun, wenn man/frau älter als 21 ist und nach einer Festnahme plötzlich damit konfrontiert ist, daß er oder sie vor ein Schnellgericht kommt?

Prinzipiell gilt: Auf jeden Fall darauf bestehen, daß Ihr das Euch zustehende Telefonat nach draußen bekommt: Entweder Ihr ruft beim Ermittlungsausschuß an oder bei einem Anwalt/einer Anwältin oder zur Not bei einem/einer FreundIn. Dabei müßt Ihr darauf achten, Euren Vor- und Nachnamen zu nennen, was Euch vorgeworfen wird, wann das Schnellgerichtsverfahren stattfinden soll und ob noch andere Personen betroffen sind (die eventuell keine Möglichkeit haben, selber zu telefonieren). Eure Chancen, dem Schnellgerichtsverfahren zu entkommen, steigen erheblich, wenn ein Anwalt/eine Anwältin von draußen versucht, dagegen vorzugehen. In den meisten Fällen, in denen Betroffene eine Anwältin/einen Anwalt hatten, konnten Schnellgerichtsverfahren bisher abgewandt werden. Sobald Ihr davon erfahrt, daß Ihr vor ein Schnellgericht kommen sollt, solltet Ihr außerdem schriftlich klarstellen, daß Ihr den Tatvorwurf bestreitet und daß der Sachverhalt nicht den gesetzlichen Voraussetzungen entspricht, die für ein beschleunigtes Verfahren gelten. Ihr müßt dann einen schriftlichen Antrag mit folgendem Wortlaut schreiben:

» Das beschleunigte Verfahren ist jedenfalls nur zulässig, wenn dem Beschuldigten ausreichende Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung seiner Verteidigung gegeben wird (Artikel 6 Absatz 3b Menschenrechtskonvention). Es kommt nicht in Betracht, wenn dies den Beschuldigten in seiner Verteidigung beeinträchtigen würde. Durch das beschleunigte Verfahren werde ich in meiner Verteidigung beeinträchtigt und lehne es deshalb ab«. Zusätzlich zu dem schriftlichen Antrag sollte dann noch einmal schriftlich nach einer Anwältin/einem Anwalt verlangt werden, die/der am besten mit Namen, Telefonnummer und Anschrift angegeben werde sollte. Wenn das nichts hilft und Euch die Polizei nach wie vor einen Anruf verweigert, habt Ihr spätestens, wenn Ihr vor der Staatsanwaltschaft oder dem Richter steht, die Möglichkeit, nach draußen zu telefonieren. Darauf solltet Ihr unbedingt bestehen!

Die nachfolgenden Tips sind für den zugegeben schlechten Fall gedacht, daß Ihr keinen Anwalt/keine Anwältin habt oder erreichen konntet und Euch alleine vor dem Schnellgericht wiederfindet. Denn jetzt kommt Ihr in die Situation, daß Ihr natürlich an dem Grundsatz »Keine Aussagen« festhalten wollt, aber andererseits Anträge stellen müßt, um das Verfahren doch noch abzuwenden. Das Recht, Anträge zu stellen, hat jede/r Angeklagte!

Wenn Ihr vor dem Schnellrichter steht, müßt Ihr als allererstes darauf bestehen, daß alles, was Ihr sagt, protokolliert wird, damit Eure Anwältin/Euer Anwalt danach darauf zurückgreifen kann. Dann solltet Ihr zunächst noch einmal Eure grundsätzliche Ablehnung gegen eine Verhandlung im »beschleunigten Verfahren« sowie den Wunsch nach einem Verteidiger entweder mündlich oder schriftlich zu Protokoll geben. Es ist sehr wichtig, dem Gericht von Anfang an klarzumachen, daß man/frau alle Möglichkeiten der Verteidigung ausschöpfen will, um genau den Effekt zu vermeiden, den sich Staatsanwalt und das Gericht von den beschleunigten Verfahren erhoffen – nämlich Zeit-, Kosten- und Aufwandsersparnis. Der Phantasie bei der Stellung von schriftlichen Anträgen sind dann keine Grenzen mehr gesetzt. Zur Verteidigung sind alle denkbaren Anträge erlaubt:

Erst einmal könnt Ihr damit anfangen, zu beantragen und zu Protokoll bringen lassen:

»Ich beantrage die Unterbrechung des Verfahrens bis zu 10 Tagen, um die Gelegenheit zur Einschaltung einer Rechtsanwältin/eines Rechtsanwalts meines Vertrauens zu haben.«

Dann könnt Ihr einen Befangenheitsantrag gegen den Richter stellen. Der stützt sich darauf, daß man/frau schon aufgrund der Äußerungen, die das Gericht einem gegenüber gemacht hat, davon ausgehen muß, daß das Gericht nicht mehr neutral und unvoreingenommen über den Tatvorwurf verhandeln wird, sondern voreingenommen ist. Der Antrag sieht dann so aus:

»In der Strafsache ./. (Name, Aktenzeichen), lehne ich den/die Richterin (Name) wegen Besorgnis der Befangenheit ab.

Begründung: Hier sollte dann eine kurze Schilderung der Äußerungen kommen, aufgrund derer man/frau annimmt, daß das Gericht voreingenommen ist.

Glaubhaftmachung: Dienstliche Äußerung des abgelehnten Richters (Name) und der Staatsanwaltschaft.



Einen Befangenheitsantrag kann immer wieder im Laufe der Verhandlung neu gestellt werden, vor allem, wenn sich entsprechend einseitige Äußerungen des Richters während der Verhandlung wiederholen.

Sollten diese Anträge abgelehnt werden, könnt Ihr einen Antrag auf Unterbrechung der Hauptverhandlung stellen:

»Ich beantrage die Unterbrechung des Verfahrens bis zu 10 Tage, um die Gelegenheit zur Benennung von Zeugen, deren Nachnamen mir zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt sind, zu haben, verbunden mit dem Antrag, die Entscheidung im beschleunigten Verfahren nach § 419 II StPO abzulehnen. Die von mir zu benenenden Zeugen werden die Aussage der Belastungszeugen (das sind meistens Polizeibeamte) widerlegen und meine Unschuld bezeugen können.«

Und jetzt noch ein paar Beispiele, was solche Beweisanträge beinhalten könnten und wie sie aussehen sollten: Es könnte Bildmaterial in Form von Fotos, Videos oder Fernsehaufnahmen geben, das zu eurer Entlastung dienen könnte. Von Euch zu benennende ZeugInnen könnten aussagen, daß Ihr entweder gar nicht am sog. Tatort gewesen seid oder ohne ersichtliche Gründe von den Polizeibeamten – ob in Zivil oder in Uniform – zu Boden gerissen wurdet und weggeschleppt worden seid. Der Antrag lautet dann:

»In der Strafsache ./.(Name, Aktenzeichen) beantrage ich, die Ladung und Vernehmung des/der Zeugen/Zeugin (Name, Anschrift), und/oder die Hinzuziehung des Bildmaterials des Fernsehsenders XY.«

Begründung: Der Zeuge/die Zeugin war bei dem Vorfall am XY Tag zugegen und wird bestätigen, daß der Sachverhalt sich nicht so abgespielt hat, wie in der Anklageschrift angegeben wird (z.B. daß ich den Polizeibeamten nicht geschlagen habe, daß ich keinen Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet habe usw.)

Im »beschleunigten Verfahren« ist es nach § 420 der Strafprozeßordnung (StPO) möglich, daß die Vernehmung von ZeugInnen (z.B. Polizisten) verlesen werden kann. Das heißt, daß die Polizeizeugen nicht persönlich vor Gericht aussagen müssen, sondern einfach ihre Aussagen vorgelesen werden. Das darf nur mit Zustimmung des/der Angeklagten geschehen. Die Zustimmung dazu müßt Ihr natürlich verweigern. Denn, wenn die Polizeibeamten z.B. aus einem anderen Bundesland als Zeugen geladen werden müssen und so schnell nicht greifbar sind, steht die Staatsanwaltschaft unter Umständen auf einmal ohne Zeugen da – das ist dann ein eindeutiger Pluspunkt für Euch.

Wenn alle Stricke reißen, eine Verhandlung trotzdem durchgeführt wird und ein Urteil gefällt wurde, hat man/frau immer noch eine Woche Zeit, um Berufung einzulegen und in aller Ruhe eine Verhandlung vor dem Berufungsgericht – dann aber wirklich mit einer Anwältin/einem Anwalt – vorzubereiten. ■

Das Koblenzer und das Düsseldorfer radikal-Verfahren ist eingestellt worden.

Bereits im August wurde das Verfahren in Koblenz gegen vier Beschuldigte gegen Auflagen eingestellt. Diese waren der Verzicht auf Haftentschädigung und 1000.- DM Geldbuße zugunsten von medico international.
Im Oktober stellte auch das OLG Düsseldorf gegen die fünf Angeklagten wegen radikal ein. Die Einstellungsauflage nach § 153 a StPO betrug dort jeweils die Zahlung einer Geldsumme zwischen jeweils 2000 - 6000 DM. Gleichfalls ist ein Verfahren gegen eine Frau in Bremen ohne Bedingungen eingestellt worden.
Die Konstruktion der BAW - die radikal sei eine kriminelle Vereinigung (gem. § 129 StGB) ist damit ohne Verhandlung nicht gerichtlich festgeschrieben worden. Das bedeutet, mit der Einstellung ist das von den Verfolgungsbehörden angestrebte Präzedenzurteil, mit den dann möglichen Auswirkungen für ähnliche Organisationsansätze innerhalb der radikalen Linken nicht ergangen. Ein etwas längerer Text befindet sich im Ordner.

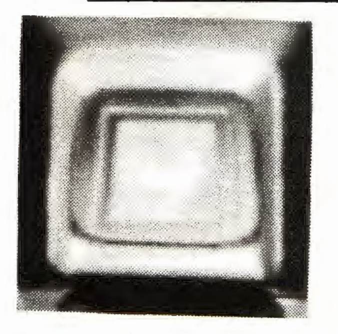


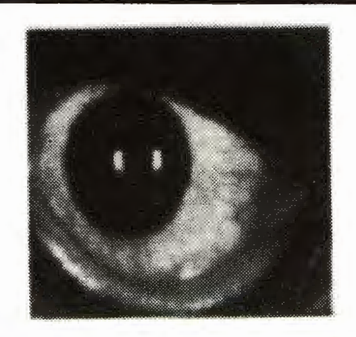


Nähere Infos findet ihr im Zeck-Ordner im Schwarzmarkt

Überwintern mit der Flora

Mittwoch	3.12. 97	Die 5. 'Reunion Latina', Gäste: Literaturgruppe »Tierada« aus Hamburg und der Formation »Bohemia Cha«, Salsa-, ChaCha-, und Mamborythmen, 20 uhr
Freitag	5.12.97	High Rollers drum 'n' bass in den Kellergewölben der Roten Flora, 22 uhr
Samstag	6.12.97	FatBack Soundsystem stört die NachbarInnen, ab 22 uhr Soli für die Flora
Sonntag	7.12.97	Flimmern und Plauschen - Videocafe präsentieren »Romeo und Julia« (Spielfilm usa 1997) Vokü ab 16 uhr
Mittwoch	10.12.97	Konzertsolidarität für irische Gefangene: irish rebel music from »éire óg« (Glasgow) 8 pm
Donnerstag	11.12.97	High Gainyard Soundsystem Halle 22 uhr Schwule Baustelle goes Rote Flora/basement. Lesbisch-schwules Tanzvergnügen; ab 21 uhr
Freitag	12.12.97	Noch 12 Tage bis Heiligabend, mit einem Konzert featured by Antifa Wasserkante. Es spielen auf zum tanze: Pankzerkroizer Polpotkin, Heimatglück, guinea pig + ein Überraschungsgast (alles punk)
Samstag	13.12.97	Sistars presents: 'Dagmar Da Mörderin' aus der Kölner Bronxs, Grooveattack Mitarbeiterin und bekannt für ihre frische drum 'n' bass-collection, ab 23 uhr
Sonntag	14.12.97	Vollmondorchester, Bier und andere Drogen
Donnerstag	18.12.97	'Solid' drum & bass 22 uhr
Freitag	19.12.97	Solikonzert für illegale Flüchtlinge
Samstag	20.12.97	„Alles fließt" in den Hallen, Minimal Phat Acid incl. Ambient Floor, 23 uhr
Sonntag	21.12.97	ab 16 Uhr Videocafe (Ankündigungen beachten) nächtlich Live Dub? 'Dub Narkotik' (superb où superflu?) 22 uhr
Mittwoch	24.12.97	Floraweihnachtsüberraschungsfeier
Freitag	26.12.97	Punk im „Technotempel Flora"! Konzert
Samstag	27.12.97	Den Klub der kulturell Verunsicherten 'K.k.V. ' heute mit dem 1jährigen Jubiläum. Special guests: DJ Steve Bug + S.O.S. DJ Team
Sonntag	28.12.97	Flimmern und Plauschen bietet „was ganz anderes" ab 16 Uhr in der Vokü (Ankündigungen beachten)
Dienstag	30.12.97	Dub Café Allstars (DubCafé endlich mit reparierten Lautsprechern?) seht und hört selbst 17 uhr Vokü
Mittwoch	31.12.97	Ultimative Jahresabschlußparty auf drei Ebenen High Rollers (d+b, hiphop) im basement, Djs Jan, Dave & Ingmar (dancehall, ragga, hiphop), 1. floor; und Kanga Roots Foundation, Schlump Vibration & Foghorn Sound (roots, dub, dubhouse) garantieren „best party in town"









Freitag	2.1.98	epicenta dub im basement 22 uhr
Sonntag	4.1.98	Flimmern und Plauschen zeigen einen netten Film in der Vokü ab 16 uhr
Samstag	10.1.98	Baugruppen Soli; Konzert und Party
Montag	12.1.98	Vollmondorchester
Donnerstag	15.1.98	»solid« d 'n' b 22 uhr
Samstag	17.1.98	tesla beschallt die große Halle: Pete und Rene (chain reaction/hard wax); monolake (live); Rookie (decode) und Relais (live) ab 22 uhr
Sonntag	18.1.98	Flimmern und Plauschen: Videocafe (Themenreihe) ab 16 uhr, vokü
Samstag	24.1.98	top ten: zehn Frauen präsentieren hiphop, d'n'b, souljazz und house 22 uhr

Drei Veranstaltungen zur Befreiung von Auschwitz (weitere Ankündigungen beachten):

Sonntag	25.1.98	»shoah« Film von Claude Lanzmann
Montag	26.1.98	»Hamburg, was hast du mit deinen Frauen gemacht« Film zu Frauen im NS
Dienstag	27.1.98	Veranstaltung zu Entschädigungen für NS-Opfer und zu Nazi-Raubgold